

Der Senator für Inneres und Sport
Contrescarpe 22/24, 28203 Bremen

Auskunft erteilt: Frau Wessel-Niepel

Stadtamt Bremen

Zimmer 317
Tel.: 0421/362-9046
Fax: 0421/496-9046
E-mail:
MWessel-Niepel
@inneres.bremen.de

Magistrat der Stadt Bremerhaven
- Bürger- und Ordnungsamt

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen
(bitte bei Antworten angeben)
Erlass e08-04-01-Wohnsitzauflage

Bremen, 18. April 2008

nachrichtlich

Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
Senator für Justiz und Verfassung
Verwaltungsgericht Bremen
Oberverwaltungsgericht Bremen
Ausländerbeauftragte des Landes Bremen
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) - Außenstelle Bremen

**§ 12 Abs. 2 AufenthG
Auflagen**

Die Nummer 12.2 der Vorläufigen Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern vom 22.12.2004 (siehe Erlass e07-11-01-Verwaltungsvorschriften vom 13.11.2007) wird durch folgende landesrechtliche Regelung ergänzt: :

12.2.1

Wohnsitzbeschränkende Auflagen werden erteilt und aufrechterhalten bei Inhabern von Aufenthaltserlaubnissen nach dem 5. Abschnitt des Aufenthaltsgesetzes mit Ausnahme der Aufenthaltserlaubnisse nach § 25 Abs. 1 und 2 AufenthG und von Niederlassungserlaubnissen nach § 23 Abs. 2 AufenthG, soweit und solange sie Leistungen nach dem SGB II oder XII oder dem AsylbLG beziehen. Nr. 23.2.2 Satz 2 der Vorläufigen Anwendungshinweise zum AufenthG findet keine Anwendung.



Eingang
Contrescarpe 22
28203 Bremen



Dienstgebäude
Contrescarpe 22/24
28203 Bremen



Bus / Straßenbahn
Hauptbahnhof
Theater am
Goetheplatz

Sprechzeiten
Mo. - Do.
09:00 - 15:00 Uhr
Frei. 9.00 – 13.00

Bremer Landesbank (BLZ 290 500 00) Kto. 1070115000,
Deutsche Bundesbank (BLZ 290 000 00)
Filiale Bremen Kto. 29001565,
Sparkasse Bremen (BLZ 290 501 01) Kto. 1090653

12.2.2

Eine Streichung der wohnsitzbeschränkenden Auflage zur Ermöglichung eines länderübergreifenden Wohnortwechsels bedarf der vorherigen Zustimmung durch die Ausländerbehörde des Zuzugsorts. Bei einer Verweigerung der Zustimmung hat die Ausländerbehörde des Zuzugsorts im Hinblick auf das von der Ausländerbehörde des bisherigen Wohnorts zu tragende Prozessrisiko dieser alle Gründe für ihre Entscheidung mitzuteilen. Die Ausländerbehörde des Zuzugsorts darf die Zustimmung zur Streichung der wohnsitzbeschränkenden Auflage nicht allein unter Hinweis darauf, dass der Zweck des Wohnsitzwechsels auch an einem anderen Ort erreicht werden kann, verweigern.

Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn der Lebensunterhalt am neuen Wohnort voraussichtlich dauerhaft ohne die Inanspruchnahme von Leistungen nach dem SGB II oder XII oder dem AsylbLG gesichert ist (vgl. § 2 Abs. 3 AufenthG). Dabei gilt die am Zuzugsort übliche Berechnungsweise des für die Sicherung des Lebensunterhalts erforderlichen Einkommens. Die Zustimmung ist auch zu erteilen, wenn das für die Sicherung des Lebensunterhalts erforderliche Einkommen um bis zu 10 % unterschritten wird.

Darüber hinaus ist die Zustimmung – unabhängig von der Sicherung des Lebensunterhalts - zu erteilen, wenn mindestens eine der folgenden Voraussetzungen vorliegt:

- Der Umzug dient der Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft zwischen Ehepartnern sowie Eltern und ihren minderjährigen Kindern, die über eine Aufenthaltserlaubnis nach Kapitel 1 Abschnitt 5 AufenthG verfügen. Die Zustimmung darf nicht erteilt werden, wenn der zuziehende Ehepartner oder Elternteil im Falle des Umzugs seine Erwerbstätigkeit aufgeben müsste.
- Der Umzug dient der Sicherstellung der benötigten Pflege von Betroffenen, die wegen ihres Alters oder wegen ihrer Krankheit oder Behinderung pflegebedürftig sind, durch die Verwandten am Zuzugsort, oder weil nur dort eine angemessene medizinische Behandlung möglich ist.
- Die Betroffenen sind selbst unabdingbar für die Pflege eines nahen Angehörigen, der über einen Aufenthaltstitel verfügt und im Zuzugsort lebt.

Die Ausländerbehörde des bisherigen Wohnorts darf die wohnsitzbeschränkende Auflage erst dann streichen, wenn die Zustimmung der Ausländerbehörde des Zuzugsorts vorliegt.

12.2.3

Wurde eine wohnsitzbeschränkende Auflage ohne die vorherige Zustimmung der Ausländerbehörde des Zuzugsorts gestrichen und tritt innerhalb von sechs Monaten am Zuzugsort Bedürftigkeit nach Leistungen nach dem SGB II oder XII oder dem AsylbLG ein, so ist die Wohnsitznahme erneut durch

Auflage auf das Land des vorherigen Wohnorts zu beschränken, es sei denn, es lägen die in Nummer 12.2.2 genannten Gründe vor.

In- und Außerkrafttreten

Der Erlass 05-09-01-Wohnsitzauflage vom 6. September 2005 wird aufgehoben.

Dieser Erlass tritt nach Veröffentlichung in Kraft.

Der Erlass wird befristet bis zum 30. April 2013.

Im Auftrag

Wessel-Niepel